

PRESSEMITTEILUNG

7. November 2024

Umfrage über den Zugang von Unternehmen im Euroraum zu Finanzmitteln: Unternehmen melden moderate Verschärfung der Finanzierungsbedingungen

- Die Unternehmen gaben an, dass sich die Verfügbarkeit von Bankkrediten kaum verändert habe. Allerdings sei teilweise aufgrund der guten Ausstattung mit internen Finanzierungsmitteln ihr Bedarf an Bankkrediten moderat zurückgegangen.
- Deutlich weniger Unternehmen berichteten von steigenden Zinsen für Bankkredite. Allerdings meldeten viele eine weitere Verschärfung der übrigen Kreditkonditionen.
- Die Inflationserwartungen der Unternehmen sanken abermals, wobei der Median der Erwartungen bezüglich der jährlichen Inflation in einem, drei und fünf Jahren bei jeweils 2,9 % lag.

In der 32. Umfrage über den Zugang von Unternehmen im Euroraum zu Finanzmitteln (SAFE) berichteten weniger Unternehmen von einem Anstieg der Zinsen für Bankkredite (per saldo 4 % nach 31 % im Vorquartal). Gleichwohl gaben per saldo 30 % (nach 28 % im Vorquartal) an, dass sich die sonstigen Finanzierungskosten (d. h. Entgelte, Gebühren und Provisionen) erhöht hätten (siehe Abbildung 1).

Der prozentuale Saldo der Unternehmen, die für das dritte Quartal 2024 einen Rückgang des Bankkreditbedarfs meldeten, betrug 2 % gegenüber 1 % im Vorquartal. Zugleich sank der Anteil der Unternehmen, die von einer gestiegenen Verfügbarkeit von Bankkrediten berichteten, per saldo auf 1 %, verglichen mit 2 % im Vorquartal. Demzufolge verringerte sich die Finanzierungslücke (Differenz zwischen dem Bedarf an und der Verfügbarkeit von Bankkrediten) per saldo für 2 % der Unternehmen (gegenüber 1 % im Vorquartal). Mit Blick auf die Zukunft sind die Unternehmen, was die Verfügbarkeit von Bankkrediten in den nächsten drei Monaten betrifft, insgesamt weniger optimistisch.

Verglichen mit der letzten Umfragerunde betrachtete ein größerer Anteil von ihnen (per saldo -20 % nach -12 %) die allgemeinen Konjunkturaussichten als Hauptfaktor, der die Verfügbarkeit von

-2-

Außenfinanzierungsmitteln beeinträchtigt. Per saldo gaben weniger Unternehmen (6 % nach 9 %) an, dass sich ihre Wahrnehmung bezüglich der Kreditvergabebereitschaft der Banken (die wiederum Aufschluss

über deren Risikoaversion geben könnte) verbessere.

Der Anteil der Unternehmen, die von einer Umsatzsteigerung in den letzten drei Monaten berichteten, lag

per saldo bei 7 % und veränderte sich somit kaum gegenüber der vorangegangenen Umfragerunde (per

saldo 8 %). Die Unternehmen äußerten sich optimistisch zur Entwicklung im kommenden Quartal (siehe

Abbildung 2). Wie auch schon in der vorherigen Umfrage berichteten sie von einem Gewinnrückgang

(prozentualer Saldo von -12 % nach -10 %). Die Umfrage zeigt, dass der Kostendruck unabhängig von der

Unternehmensgröße nach wie vor weit verbreitet ist.

Für die kommenden zwölf Monate rechnen die Unternehmen mit einem durchschnittlichen Anstieg sowohl

der Verkaufspreise (3 % wie bereits in der letzten Umfragerunde) als auch der Löhne (3,5 % nach 3,3 %;

siehe Abbildung 3). Die KMUs erwarteten abermals höhere Verkaufspreise und Inputkosten (ohne

Arbeitskosten) als die Großunternehmen. In Bezug auf den Anstieg der Lohnkosten und der Beschäftigung

sind die Erwartungen beider Gruppen hingegen ähnlich.

Der Median der Erwartungen der Unternehmen für die jährliche Inflation in einem, drei und fünf Jahren

belief sich auf jeweils 2,9 % und verringerte sich damit für alle Zeithorizonte um 0,1 Prozentpunkte (siehe

Abbildung 4). KMUs meldeten für alle Zeithorizonte tendenziell höhere Inflationserwartungen als

Großunternehmen. Die kurzfristigen Inflationserwartungen der Unternehmen haben den Rückgang der

HVPI-Inflation im vergangenen Jahr recht genau nachvollzogen, während die langfristigen

Inflationserwartungen stabiler geblieben sind.

Kontakt für Medienanfragen: Eszter Miltényi-Torstensson (Tel.: +49 69 1344 8034)

Anmerkung

Ein Bericht zur aktuellen Umfrage sowie der Fragebogen und Informationen zur Methodik stehen auf der Website der EZB

zur Verfügung.

Detaillierte Datenreihen für die Länder des Euroraums sowie die aggregierten Ergebnisse für den Euroraum sind über das

Data Portal der EZB abrufbar.

• In der am 29. Oktober 2024 veröffentlichten Ausgabe des <u>EZB-Wirtschaftsberichts</u> findet sich ein Überblick über die bisher

beobachteten Ergebnisse und Trends der SAFE-Umfragen sowie die an der Umfrage vorgenommenen Neuerungen.

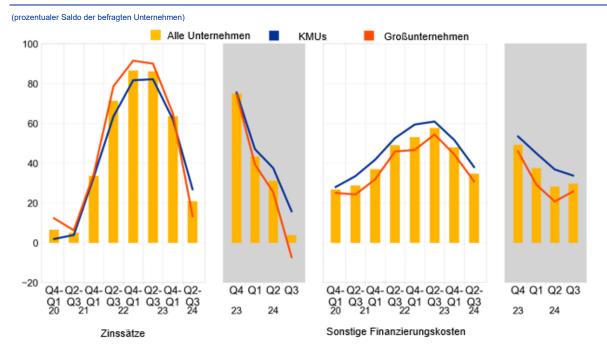
Im heute veröffentlichten Bericht werden die wichtigsten Ergebnisse der 32. SAFE-Umfrage für den Euroraum vorgestellt. Die Erhebung wurde in der Zeit vom 2. September bis zum 15. Oktober 2024 durchgeführt. Rund 60 % der Unternehmen wurden zu Veränderungen im Zeitraum von April bis September 2024 befragt. Die verbleibenden 40 %, bei denen es sich

ausschließlich um Unternehmen aus den zwölf größten Ländern des Euroraums handelte, beantworteten entsprechende Fragen für den Zeitraum von Juli bis September 2024. Die Stichprobe umfasste insgesamt 12 788 Unternehmen im

Euroraum, von denen 11 799 (92 %) weniger als 250 Personen beschäftigten.

Übersetzung: Deutsche Bundesbank

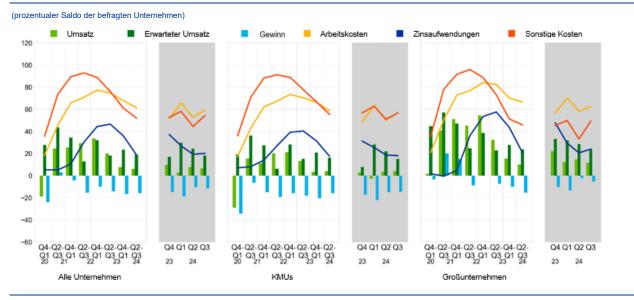
Abbildung 1Veränderung der Konditionen der bankbasierten Finanzierung für Unternehmen im Euroraum



Grundlage: Unternehmen, die Bankkredite (einschließlich subventionierter Bankkredite), Kreditlinien, Überziehungskredite oder Kreditkartenüberziehungen beantragt hatten. Die Angaben beziehen sich auf die Umfragerunden 24 (Oktober 2020 bis März 2021) bis 32 (April bis September 2024).

Anmerkung: Der prozentuale Saldo ist die Differenz zwischen dem Anteil der Unternehmen, die einen Anstieg des betreffenden Faktors meldeten, und dem Anteil der Unternehmen, die einen Rückgang meldeten. Die der Abbildung zugrunde liegenden <u>Daten</u> beziehen sich auf Frage 10 der Umfrage. Die grau schattierten Bereiche stellen Antworten auf dieselbe Frage innerhalb eines Referenzzeitraums von drei Monaten dar, während der Hauptbereich der Abbildung einen Referenzzeitraum von sechs Monaten für die Fragen abdeckt.

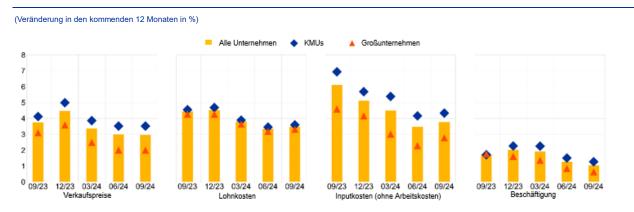
Abbildung 2Veränderung der Einkommenssituation der Unternehmen im Euroraum



Grundlage: alle Unternehmen. Die Angaben beziehen sich auf die Umfragerunden 24 (Oktober 2020 bis März 2021) bis 32 (April bis September 2024).
Anmerkung: Siehe die Anmerkung zu Abbildung 1. Die der Abbildung zugrunde liegenden <u>Daten</u> beziehen sich auf Frage 2 der Umfrage. Die grau schattierten Bereiche stellen Antworten auf dieselbe Frage innerhalb eines Referenzzeitraums von drei Monaten dar, während der Hauptbereich der Abbildung einen Referenzzeitraum von sechs Monaten für die Fragen abdeckt.

Abbildung 3

Erwartungen zur Entwicklung der Verkaufspreise, Löhne, Inputkosten und Beschäftigung im kommenden Zwölfmonatszeitraum

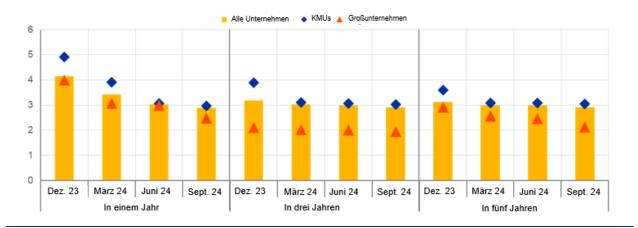


Anmerkung: Auf Basis der Umfragegewichte ermittelte durchschnittliche Erwartungen der Unternehmen im Euroraum in Bezug auf Veränderungen der Verkaufspreise, der Löhne der derzeitigen Beschäftigten, der Inputkosten (ohne Arbeitskosten) und der Zahl der Beschäftigten in den nächsten zwölf Monaten. Vor der Berechnung wurden die Daten am länderspezifischen 1. und 99. Perzentil getrimmt. Die der Abbildung zugrunde liegenden Daten beziehen sich auf Frage 34 der Umfrage.

Abbildung 4

Erwartungen der Unternehmen zur Inflation im Euroraum

(in % p. a.)



Grundlage: alle Unternehmen. Die Angaben beziehen sich auf die Umfragerunde 28 (Oktober 2022 bis März 2023), die erste Pilotrunde (März bis Juni 2023), die Umfragerunde 29 (April bis September 2023), die zweite Pilotrunde (Oktober bis Dezember 2023), die Umfragerunde 30 (Januar bis März 2024), die Umfragerunde 31 (April bis Juni 2024) und die Umfragerunde 32 (Juli bis September 2024), wobei die Antworten der Unternehmen im jeweils letzten Monat der Umfragewelle erhoben wurden. Anmerkung: Umfragegewichtete Mediane für die Erwartungen der Unternehmen im Bezroraum in Bezug auf die Inflation im Euroraum in einem, drei und fünf Jahren. Vor der Berechnung wurden die Daten am länderspezifischen 1. und 99. Perzentil getrimmt. Die der Abbildung zugrunde liegenden Daten beziehen sich auf Frage 31 der Umfrage.

Europäische Zentralbank

Generaldirektion Kommunikation

Sonnemannstraße 20, 60314 Frankfurt am Main, Deutschland

Tel.: +49 69 1344 7455, E-Mail: media@ecb.europa.eu

Internet: www.ecb.europa.eu

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Übersetzung: Deutsche Bundesbank